



Rechts blinken, um links abzubiegen?

Sahra Wagenknecht in den Untiefen des linken Populismus –
von Heiner Dribbusch*

Sahra Wagenknecht:
Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt,
Frankfurt a.M.: Campus 2021,
ISBN 978–3593513904,
345 Seiten, 24,95 Euro

In: *express* 5/2021

Sahra Wagenknechts Buch hat zahlreiche kontroverse Reaktionen provoziert, nicht zuletzt auch in der Linkspartei selbst.¹ Von einem »Gecancelt-Werden«, wie sie im Vorwort unkt (S. 34), kann allerdings keine Rede sein. Listenplatz 1 der LINKEN in NRW ebenso wie die Verkaufszahlen ihres Buches sind keine Anzeichen politischer Isolierung.

Ihr Ausgangspunkt ist die Frage, warum SPD und Linkspartei politisch an Bedeutung verlieren. Die Linke, so ihre Erklärung, habe sich von den »Arbeitern« – das generische Maskulinum ist hier Statement – entfremdet. Dieser Abstieg begann 1968, denn die damalige Bewegung galt nicht nur »dem rechten und erzkonservativen Milieu, sondern richtete sich gegen den Wertekanon von »Maß und Mitte« und gegen die damalige Gesellschaft, die immerhin den Arbeitern mehr Rechte, Konsummöglichkeiten und Aufstiegsoptionen eröffnet hatte, als sie sie jemals zuvor gehabt haben« (S. 96). Mit dem Aufstieg der Grünen und der Akademisierung der SPD habe sich eine »Lifestyle-Linke« entwickelt, für deren Weltbild sich der Begriff »Linkoliberalismus« etabliert habe, wobei »Linksilliberalismus wesentlich passender wäre« (S. 25). Seit 2010 sei diese Lifestyle-Linke auch in der Linkspartei tonangebend. Sie verfolge eine »Identitätspolitik«, die darauf hinauslaufe, »das Augenmerk auf immer kleinere und immer skurrilere Minderheiten zu richten, die ihre Identität jeweils in irgendeiner Marotte finden, (...) aus der sie den Anspruch ableiten, ein Opfer zu sein.« (S. 102) Kein Wunder, dass die »Arbeiter« sich von der Linken enttäuscht ab- und der populistischen Rechten zugewandt hätten. Diese Enttäuschten zurückzugewinnen, ist Wagenknechts zentrales Anliegen. Gelingen soll dies durch eine »linkskonservative« Neuausrichtung, die positive Rückbesinnung auf Nation und Nationalstaat und ein »Programm für Gemeinsamkeit, Zusammenhalt und Wohlstand« (S. 205ff.), mit dem die »Herrschaft des großen Geldes« beendet und eine »echte Leistungsgesellschaft« geschaffen werden soll. Anknüpfungspunkt sind die »Werte und Gerechtigkeitsvorstellungen der Mehrheit der Bevölkerung«, denn diese seien »nicht nur konservativ, sondern auch originär links.« (S. 225)

Wagenknechts Gerede von den »immer skurrileren Minderheiten« disqualifiziert sich von selbst. Ihre Karikatur einer angeblich dominierenden »Lifestyle-Linken« und ihre Abgrenzung von allen relevanten Mobilisierungen der letzten Jahre, sei es #unteilbar, Fridays for Future oder Black Lives Matter, ist vielfach kritisiert worden. Das Gegeneinander-

Ausspielen von Klassen- und »Identitätspolitik« haben Silke van Dyk und Stefanie Graefe bereits 2018 ausführlich diskutiert. In dieser Rezension soll näher auf einige andere kritische Aspekte des Buchs eingegangen werden.

Die Rechten und ihre Wählerschaft

»Rechts im originären Verständnis ist die Befürwortung von Krieg, Sozialabbau und großer Ungleichheit. Das aber sind Positionen, die auch viele Grüne und linksliberale Sozialdemokraten teilen.« (S. 14) Mit dem Kopf nicken kann hier allerdings nur, wer wie die Autorin völkisches Denken, Nationalismus und Rassismus als Wesensmerkmale der Rechten ausblendet. Wagenknecht unterscheidet zwischen Rechtspopulisten, zu denen sie »die AfD, die FPÖ, Le Pens Rassemblement National, die niederländische PVV, die US-Republikaner unter Trump oder Salvinis Lega« zählt, und offen neofaschistischen Rechten, wie etwa die »Goldene Morgenröte in Griechenland oder die NPD in Deutschland« (S. 175). Letztere hätten eine »andere, klar antidemokratische Ausrichtung und daher auch andere Wähler, sie spielen aber zum Glück bisher nur eine Statistenrolle.« (ebd.) Dies ist faktisch falsch. Nicht nur die Goldene Morgenröte, sondern auch die deutschen Neofaschisten spielten bisher alles andere als eine Statistenrolle. DVU und NPD zogen nach 1990 bis weit in die 2000er Jahre bekanntlich in mehrere Landtage ein. Auf den Erfolgen dieser »Statisten« konnte die AfD aufbauen, sie zum Teil auch personell beerben, und sie hat auch vielfach die gleichen Wähler:innen. Eine weitere Gemeinsamkeit aller rechtsextremen Parteien, die ebenfalls (als Nebenwiderspruch?) unter den Tisch fällt, ist, dass es vor allem Männer sind, die sie wählen.

Die rechtspopulistischen Parteien seien inzwischen »die neuen Arbeiterparteien« geworden (S. 175f.). Als Beleg führt sie für Deutschland an, dass 2017 bei der Bundestagswahl 21 Prozent der »Arbeiter« für die AfD gestimmt hätten. Dass drei Viertel der »Arbeiter« 2017 andere Bundestagsparteien gewählt haben – geschenkt. Unerwähnt auch, dass die »Arbeiter« 2017 nur noch ein Viertel aller Wähler:innen stellten und dass die stärkste Wählergruppe der AfD 2017 nicht die »Arbeiter«, sondern die »Angestellten« waren.² Auch verweist sie auf eine Studie, der zufolge die AfD 2017 im sogenannten »Milieu der Prekären« mit 28 Prozent stärkste Partei geworden sei, unterlässt es aber zu erwähnen, dass dieses Milieu lediglich neun Prozent der Wahlberechtigten ausmache (Näheres bei Vehrkamp/Wegschaidt 2017). Das alles sind mehr als Flüchtigkeitsfehler.

Der Wandel der Lohnarbeit, die häufige Prekarität akademischer Tätigkeit, soziale Spaltungen entlang Geschlecht und Herkunft, all diese Differenzierungen vertragen sich nicht mit ihrem recht schlichten Bild der »Arbeiter«, »geringverdienenden Beschäftigten im Sektorservice« und »Arbeitslosen«. Diese wählen, weiß die Autorin, die Rechten, weil sie sich »von allen anderen politischen Kräften sozial im Stich gelassen und kulturell nicht mehr wertgeschätzt fühlen« (S. 174). »Das Arbeitsethos der Industriearbeiter und der traditionellen bürgerlichen Schichten mit seinen Werten Gründlichkeit, Zurückhaltung und Disziplin« sei in vielen neuen Branchen inzwischen zum Karrierekiller geworden. (S. 83) »Glaube, Nation und Heimat sind den Linksliberalen Chiffren für Rückständigkeit. Normalität gilt als unattraktiv, Standards als Einschränkung, Individualität und Selbstverwirklichung werden dagegen großgeschrieben.« (S. 99) Dass die Pluralisierung der Lebensweisen und veränderte Geschlechterverhältnisse längst auch zur Lebenswirklichkeit von Arbeiter:innen, Geringverdiener:innen und Erwerbslosen gehören, blendet sie aus. Dass die Rechten auch deshalb gewählt werden, weil sie rechts sind, ebenso.

Begrenzung der Zuwanderung als Kernaufgabe

Oskar Lafontaine hatte bereits 2005 in Chemnitz gefordert, der Staat müsse verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil »Fremdarbeiter zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen«. Wagenknecht ist klug genug, diese Wortwahl nicht zu wiederholen, doch verbindet auch sie Zuwanderung vor allem mit Lohndruck und Arbeitsplatzkonkurrenz. Ihre Behauptung, nicht allein die Agenda-Politik von Rot-Grün, sondern insbesondere die Zunahme der Migration habe zur Absenkung des Lohnniveaus »in

vielen Branchen« geführt, ist jedoch empirisch nicht belegbar, worauf Michael Wendl (oxiblog.de, 27. April 2021) zurecht hingewiesen hat.

Zugleich ignoriert sie die bedeutende Rolle von Migrant:innen in den Arbeitskämpfen der Bundesrepublik. Stattdessen zitiert sie aus einer Studie zum Rechtspopulismus die in einem Interview im Versandhandel gefallene Vermutung, nicht-deutsche Arbeitskräfte würden gezielt eingestellt, um Streikmaßnahmen zu unterlaufen, denn »die streiken net, die stellen keine Forderungen, die halten den Mund«. (S. 159) Den in dieser Studie direkt nachfolgenden Verweis auf die solidarische Bearbeitung dieser vermuteten Spaltungspolitik durch gezielte betriebliche Organisation unterschlägt sie jedoch (vgl. Bose/Köster/Lütten 2018, S. 222).

Ähnlich selektiv ist ihr Blick in die Geschichte. So bezieht sie sich positiv auf die innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wiederholt auftauchende Position einer Begrenzung der Immigration, blendet aber den zentralen, bereits mit der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation manifestierten Anspruch des Internationalismus systematisch aus. Schon 1907 beschäftigte sich der Internationale Sozialistenkongress in Stuttgart ausführlich mit Fragen der Arbeitsmigration.³ Die Diskussion berührte alle auch noch heute aktuellen Fragen. Verabschiedet wurde am Ende eine Resolution, die eine Einschränkung der Freizügigkeit als ihrem Wesen nach reaktionär ablehnt und stattdessen die volle rechtliche Gleichstellung der Zugewanderten sowie einen Mindestlohn fordert. Es waren der rechte Flügel der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, die dafür sorgten, dass diese Position im Zuge der Burgfriedenspolitik revidiert wurde (vgl. Elsner 1976). Wagenknecht lässt all dies unerwähnt, lobt stattdessen, dass es den Gewerkschaften mit Unterstützung der Sozialdemokraten gelungen sei, in der Weimarer Republik die Migration aus Osteuropa weitgehend zu stoppen (S. 154).

»Nationale Identität« wertet die Kritikerin der Identitätspolitik als »Zivilisationsgewinn« (S. 218). »Dass Mitgliedern einer wie immer definierten Gemeinschaft eher vertraut wird als denen, die nicht dazugehören, ist keine irrationale Marotte, sondern ein Verhalten, das sich jahrhundertlang bewährt hat.« (S. 206, Hervorh. i. Original) Opfer dieses jahrhundertlang bewährten Verhaltens kommen nicht vor.

Wagenknecht blickt lieber auf die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zurück, »als die Gewerkschaften überall einflussreich waren und Ausbeutung und Renditemacherei politisch in Grenzen gehalten wurden, hatten Zuwanderer daher in der Regel kaum Zugang zum normalen Arbeitsmarkt der Industrieländer« (S. 157). Wahrlich goldene Zeiten. Doch war auch hier die Welt bekanntlich etwas komplizierter.

Die Leerstellen

Das »Deutschland der fünfziger bis siebziger Jahre«, in dem beruflicher Aufstieg eine millionenfache Lebenserfahrung gewesen sei und letztlich jeder vom Wirtschaftswachstum profitiert habe, ist kurioserweise allein die Bundesrepublik. (S. 64) Die DDR, die keine Lifestyle-Linke kannte, in der Massenarbeitslosigkeit und elementare Wohnungsnot beseitigt waren und, so müsste ironisch hinzugefügt werden, die Zuwanderung auch ohne einflussreiche Gewerkschaften strikt begrenzt wurde, bleibt bei Wagenknecht vollständig unerwähnt. Dies erspart die Frage, ob die schwachen Wahlergebnisse der Linken heute und die Diskreditierung sozialistischer Vorstellungen vielleicht auch etwas mit der DDR-Geschichte zu tun haben.

Die zweite große Leerstelle ihres Buches betrifft den von ihr mit großem Bahnhof im September 2018 gestarteten Versuch einer nach französischem Vorbild gestalteten Sammlungsbewegung. »Aufstehen« hätte das umfassende Politikangebot für die von der »Lifestyle-Linken« Enttäuschten werden sollen. Wagenknechts demonstrative Distanzierung von der »unteilbar«-Demonstration im Oktober 2018 in Berlin schob »Aufstehen« aber bereits kurz nach Gründung ins Seitenaus.

Dieser Unwille zur selbstkritischen Überprüfung der eigenen Positionen ist leider typisch für dieses Buch. Für drängende Fragen, wie z.B. auf welcher Grundlage Gewerkschaften und Klimabewegung zusammenfinden könnten, wie der Rassismus in der Gesellschaft

zurückgedrängt und inklusive Solidarität in einer diverseren, aber deshalb nicht weniger gespaltenen Welt gelebt werden könnte, hat es nichts anzubieten.

** Heiner Dribbusch, gelernter Schreiner und Sozialwissenschaftler, war bis zu seinem Ruhestand im Dezember 2019 am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in Düsseldorf beschäftigt.*

Literatur über die Redaktion

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12

¹ *Aus der Fülle der eher kritischen Rezensionen sei hier auf die Beiträge von Pascal Beucker und Stefan Reinecke in der taz, Christof Meueler im ND, Michael Wendl im Oxi-Blog sowie aus dem Kreis der LINKEN auf die unterschiedlich akzentuierten Beiträge von Janis Ehling, Niema Movassat und Ralf Krämer auf freiheitsliebe.de und von Joachim Bischoff/Björn Radke sowie Heinz Bierbaum/Ulrike Eizler in der Mai-Ausgabe der Zeitschrift Sozialismus hingewiesen.*

² *Laut Wahlachbefragung der Forschungsgruppe Wahlen wählten 2017 18 Prozent der »Arbeiter« und 11 Prozent der »Angestellten« AfD.*

³ *<https://archive.org/details/internationale00inte>*